

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– Drucksachen 14/9730, 15/99 Nr. 1.1 –

**Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen auf dem Gebiet
der Unfallverhütung im Straßenverkehr und Übersicht
über das Rettungswesen 2000 und 2001**

– Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 2000/2001 –

A. Problem

Der Deutsche Bundestag hat mit Beschluss vom 14. Juni 1973 (Drucksache 7/693) die Bundesregierung ersucht, „Berichte der Bundesregierung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr“ (Unfallverhütungsberichte) zu erstellen. Diese sollen seit 1975 in zweijährigem Abstand erstellt werden. Am 23. Juni 1976 (Drucksache 7/5318) wurde die Bundesregierung ersucht, diesem Bericht eine Übersicht über das Rettungswesen anzufügen.

B. Lösung

Zur Reduzierung der Kosten, die jeweils mit der Erstellung der Übersicht über das Rettungswesen verbunden sind, wird diese Übersicht nur noch jedem zweiten Unfallverhütungsbericht beigelegt, erstmals wieder dem Bericht für die Jahre 2004 und 2005.

**Einstimmige Annahme einer von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Entschließung**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Es werden in einem Zeitraum von vier Jahren Kosten in Höhe von etwa 75 000 Euro eingespart.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/9730 – folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„In Abänderung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 1976 (Bundestagsdrucksache 7/5318) wird die Bundesregierung gebeten, eine „Übersicht über die Weiterentwicklung des Rettungswesens“ nur noch jedem zweiten „Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr“ beizufügen, erstmals wieder dem Bericht für die Jahre 2004 und 2005“.

Berlin, den 29. Januar 2003

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Gero Storjohann
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Gero Storjohann

I. Überweisung

Die Vorlage auf Drucksache 14/9730 wurde am 15. November 2002 gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und an den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung zur Mitberatung überwiesen (Drucksache 15/99, Nr. 1.1).

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Deutsche Bundestag hat mit Beschluss vom 14. Juni 1973 (Drucksache 7/693) die Bundesregierung ersucht, Unfallverhütungsberichte für den Straßenverkehr zu erstellen (seit 1975 in zweijährigem Abstand). Am 23. Juni 1976 (Drucksache 7/5318) wurde die Bundesregierung ersucht, eine Übersicht über die Weiterentwicklung des Rettungswesens anzufügen. Die Vorlage beinhaltet den Bericht für den Zeitraum 2000 und 2001.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Bericht auf Drucksache 14/9730 in seiner 3. Sitzung am 18. Dezember 2002 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung hat die Vorlage 14/9730 in seiner 5. Sitzung am 18. Dezember 2002 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 3. Sitzung am 18. Dezember 2002 und in seiner 5. Sitzung am 29. Januar 2003 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme. Darüber hinaus empfiehlt er einstimmig die Annahme der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Entschließung.

Gero Storjohann

Berichterstatter

